



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 11/16

I. Das Wichtigste zuerst

1. 50.000 Euro für Beraterleistungen für Wutöschingen



50.000 Euro Förderung für Beraterleistungen erhält die Gemeinde Wutöschingen vom Bund. Die feierliche Übergabe durch den Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) an Thomas Dörflinger

(s. Bild) und mich, in Vertretung für die Gemeinde, fand am Montag im Bundesverkehrsministerium statt. Der Bund fördert mit bis zu 50.000 Euro Beraterleistungen, die die Planung und Durchführung von Breitbandausbaumaßnahmen beinhalten und die Beantragung entsprechender Fördermittel erleichtern. Ich begrüße es außerordentlich, dass das Ministerium schnell und unbürokratisch über die Förderanträge entscheidet. Der erste positive Bescheid über eine Förderung für Beraterleistungen in Höhe von 50.000 Euro ging bereits Ende April an die Gemeinde Grafenhausen. Auch damals nahm ich den Bescheid für die Gemeinde entgegen und überreichte ihn anschließend feierlich an den Bürgermeister Christian Behringer vor Ort.

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Der heutige Tag wird in die Geschichtsbücher eingehen. Der Sieg der EU-Gegner in Großbritannien ist ein herber Rückschlag für die Europäische Union. Die Auswirkungen und die Konsequenzen im Einzelnen sowohl für Großbritannien als auch die übrigen Mitgliedstaaten und die EU als Ganzes werden sich erst zeigen. Europaparlamentsabgeordneter Thomas Mann (EVP) informierte unsere Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales heute Morgen über die anstehende „Rückabwicklung“ der Mitgliedschaft und der damit verbundenen Verträge. Auch bei der Zusammensetzung des Parlaments wird es Veränderungen geben, wobei es sich insgesamt um einen schrittweisen Austritt bzw. eine längere Scheidungsphase handeln wird. Auch die durch den Wegfall der Zollunion verursachten wirtschaftlichen Folgen werden sicherlich Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen mit Deutschland haben. Die Ausgestaltung neuer Verträge wird notwendig werden. Im Jahr 2015 lag das Vereinigte Königreich auf Platz fünf der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Der Deutsche Bundestag wird eine Sondersitzung zum Thema Brexit am kommenden Dienstag abhalten.

Mehrere wichtige Gesetzesvorhaben haben wir in dieser Woche entscheidend vorangebracht, u.a. die Erbschaftssteuerreform. Das EEG 2016, das wir in 1. Lesung beraten haben, markiert den Wendepunkt hin zu mehr Markt und Wettbewerb. Das Fördersystem der zwanzigjährigen Festvergütungen wird schrittweise auf Ausschreibungen umgestellt. Ein stürmischer Ausbau ohne schritthalten den Netzausbau macht keinen Sinn.

*Herzliche Grüße
Ihre*

Mit dem milliardenschweren Bundesförderprogramm wird der Netzausbau technologie-neutral gefördert. Der Fördersatz beträgt im Regelfall 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Der Höchstbetrag pro Projekt liegt bei 15 Millionen Euro. Das Bundesprogramm ist z. B. mit Förderprogrammen der Länder kombinierbar.

2. Kostensenkungen beim Netzausbau



Auch die Kosten für den Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze sollen sinken. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung stimmte der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur am Mittwochvormittag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zu. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, Netzbetreibern Ansprüche auf die Nutzung existierender passiver Netzinfrastrukturen einzuräumen. Dazu gehören unter anderem Leerrohre, Leitungsrohre, Einstiegsschächte, Verteilerkästen, Masten, Antennenanlagen und andere Trägerstrukturen öffentlicher Versorgungsnetze. Weiter soll bei öffentlich finanzierten Bauarbeiten eine bedarfsgerechte Mitverlegung von Glasfaserkabeln sichergestellt werden. Außerdem sind Anpassungen bei den Wegerechtsregelungen im Telekommunikationsgesetz geplant, beispielsweise durch die Möglichkeit der Verlegung in geringerer Verlegetiefe. Zudem sollen durch die Einrichtung einer zentralen Informationsstelle die Kosten der Informationsbeschaffung und -erteilung gesenkt werden. Diese Stelle soll bei der Bundesnetzagentur angesiedelt sein.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Erbschaftssteuerreform. Es ist der CDU gelungen, gegenüber dem Regierungsentwurf Weiterentwicklungen durchzusetzen, die den Bestand vor allem mittelständischer Familienunternehmen, von denen es besonders viele im Wahlkreis gibt, weitgehend schützen und den Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze umfassender sicherstellen. Mit dem Gesetz setzen wir die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2014 um. Das Gesetz erreicht den Bundesrat zum 8. Juli 2016 und soll dann rückwirkend zum 1. Juli 2016 in Kraft treten. Eine Übersicht finden Sie [hier](#).

2. 75. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion. Wir haben an das Leid und Unrecht erinnert, das aus dem Angriff des nationalsozialistischen Deutschen Reiches auf die Sowjetunion entstanden ist. Am 22. Juni 1941 begann unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. Dieser Angriff war von Beginn an als Vernichtungskrieg geplant worden. Millionen Bewohner der Sowjetunion, Soldaten wie Zivilisten, starben in der Folge. Neben den direkten Kampfhandlungen war insbesondere das absichtlich herbeigeführte Verhungern die Ursache für das Massensterben. Wir gedenken der auf beiden Seiten gefallenen Soldaten und verneigen uns vor den Opfern des deutschen Angriffs.

III. Sonstiges

Gastfamilien gesucht! - Internationaler Jugendaustausch



Der VDA – Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V. sucht ehrenamtliche Gastfamilien, die ab November/Dezember 2016 oder ab Januar 2017 für 4 bis 8 Wochen eine/n Austauschschüler/in bei sich aufnehmen. Ich unterstütze das Programm und würde mich freuen, wenn sich viele ehrenamtliche Gastfamilien finden würden,

um am Austausch teilzunehmen. Gastfamilien leisten einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Austausch und zur Willkommenskultur.

Die Austauschschüler/innen sind zwischen 14 und 18 Jahre alt und kommen aus Argentinien, Brasilien, Chile, El Salvador, Namibia und Paraguay. In ihrem Heimatland besuchen sie deutsche Schulen und lernen dort Deutsch als erste Fremdsprache. Nach der Aufnahme eines Gastschülers besteht die Möglichkeit eines zweimonatigen Gegenbesuchs für die deutschen Schüler zu ihrem Austauschgast. Ein Gegenbesuch ist nicht verpflichtend.

Weiterführende Informationen gibt es auf der Webseite des VDA unter www.vda-kultur.de. Bei Fragen hilft Ihnen mein Wahlkreisbüro in Tiengen gerne weiter, Frau Valerie Hosp: 07761 – 8352605.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 12. Juli, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen, ein!**

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis und Berlin](#) (Auswahl):

- | | |
|------------------|---|
| 24. Juni: | • Hauptversammlung Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut e.V. |
| 25. Juni: | • 150 Jahre Badisches Rotes Kreuz, Freiburg |
| 27. Juni: | • Mandats- und Funktionsträgerkonferenz, Weilersbach |
| 28. Juni: | • Sondersitzung des Bundestages zum Brexit, Berlin |
| 29. Juni: | • Informationsgespräch Sparkasse Hochrhein, Waldshut-Tiengen |
| 30. Juni: | • Bezirkstag der CDA Südbaden mit Uwe Schummer MdB, Beauftragter der CDU/CSU Bundestagsfraktion für die Belange von Menschen mit Behinderungen , Mariahof Hüfingen |